

Eine Reihe von Berichten und Mitteilungen ist uns darüber zugegangen, in welcher Weise die Mitarbeiter der Justizorgane an der Vorbereitung der Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen bisher teilgenommen haben. Es zeigt sich allgemein eine große Aktivität und lebhaftere Bereitschaft zur Unterstützung der Wahlen. Viele der in dem folgenden Bericht aus Berlin enthaltenen Einzelheiten finden sich auch in den Berichten anderer Staatsanwälte, denen wir hiermit für ihre Einsendungen danken. Eine weitere Auswertung anderer Mitteilungen, namentlich auch über die Tätigkeit der Richter, Notare und Mitarbeiter der Gerichte, ist für das nächste Heft vorgesehen.

Die Redaktion

Über die Teilnahme des Staatsanwalts an der Rechenschaftslegung der Abgeordneten

Unsere ersten Erfahrungen bei der Teilnahme an den Rechenschaftslegungen der Abgeordneten vor den Wahlen haben gezeigt, daß dies für die künftige Arbeit der Staatsanwaltschaft sehr fruchtbringend ist. Einmal trägt es dazu bei, uns in engen und unmittelbaren Kontakt mit der Bevölkerung zu bringen, und zum anderen erhalten wir wertvolle Hinweise für jedes Arbeitsgebiet des Staatsanwalts.

Wir haben uns zunächst mit dem Rat des Stadtbezirks in Verbindung gesetzt, um die Termine der Rechenschaftslegungen und die Namen der Abgeordneten zu erhalten. In einer Parteiversammlung und einer Arbeitsbesprechung der Staatsanwälte haben wir uns sodann mit den Aufgaben der Staatsanwälte zu den bevorstehenden Wahlen beschäftigt und beschlossen, daß jeder Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Berlin-Mitte mindestens zwei bis dreimal an Rechenschaftslegungen in unserem Stadtbezirk teilnimmt und sich zuvor mit dem Abgeordneten bekannt macht. Den Staatsanwälten wurde weiterhin die Aufgabe gestellt, als Diskussionsbeitrag in diesen Versammlungen die Gründe für die Teilnahme des Staatsanwalts an der Rechenschaftslegung darzulegen und dabei besonders auf die Aufgaben der Allgemeinen Aufsicht hinzuweisen. Dabei soll der Staatsanwalt natürlich nicht nur zu rechtlichen Fragen das Wort ergreifen, sondern vor allem als Bürger und Funktionär unseres Staates zu politischen Fragen parteilich Stellung nehmen. Alle Staatsanwälte, selbstverständlich auch die, die auf dem Gebiet des Strafrechts arbeiten, wurden für diese Aufgabe herangezogen.

Da es uns jedoch nicht möglich ist, an allen Rechenschaftslegungen teilzunehmen, hat der Staatsanwalt für Allgemeine Aufsicht auch einen ständigen Kontakt mit dem Operativstab des Rates aufgenommen. Dieser Operativstab wurde zur Vorbereitung der Wahlen beim Rat des Stadtbezirks gebildet und hat die Aufgabe, die Beschwerden der Bürger, die in der Diskussion zur Rechenschaftslegung vorgetragen werden, zu überprüfen und, wenn möglich, sofort Abhilfe zu schaffen. Hier stellt der Staatsanwalt zunächst fest, ob die Beschwerdeordnung in allen Punkten eingehalten wird; er erhält zugleich Kenntnis von eventuellen direkten Gesetzesverletzungen, die das Tätigwerden des Staatsanwalts für Allgemeine Aufsicht erforderlich machen, und der ständige Kontakt mit diesem Operativstab des Rates vervollständigt unsere Kenntnis von unserem Bezirk und hilft uns, Schwerpunkte zu erkennen.

Eine große Rolle in den Aussprachen spielen naturgemäß noch die Wohnungsprobleme. Zum Beispiel beschwerte sich ein junger Arbeiter, der zur Zeit in einem Ledigenheim im Stadtbezirk Prenzlauer Berg wohnt, darüber, daß er von der Abt. Wohnungswesen, an die er sich gewandt hatte, um ein möbliertes Zimmer zu bekommen, nacheinander fünf Einweisungsscheine erhalten habe, die ihm nichts genützt hätten, weil die Zimmer bereits belegt waren. Die Mitarbeiter dieser Abt. Wohnungswesen wußten anscheinend gar nicht, welche Wohnungen frei sind und machten sich offenbar keine Gedanken darüber, daß die häufigen vergeblichen Wege für ihn jedesmal Arbeitszeitverlust und Lohnausfall bedeuteten. Der Staatsanwalt nahm hierzu in

seinem Diskussionsbeitrag Stellung und wies auf die Wohnraumlenkungsverordnung hin, die den Abteilungen Wohnungswesen bei den Räten der Stadtbezirke die Pflicht auferlegt, sich einen Überblick über die Wohnraumlage im Stadtbezirk zu verschaffen und eine Kartei über den zur Verfügung stehenden Wohnraum anzulegen. Die Ausführungen des Arbeiters waren zugleich ein Hinweis für den Staatsanwalt für Allgemeine Aufsicht, die Einhaltung der Wohnraumlenkungsverordnung bei der betreffenden Abteilung Wohnungswesen unverzüglich zu überprüfen. In einer anderen Aussprache wurde beanstandet, daß die Berliner Volkseigene Wohnungsverwaltung bei einem Mieter 1500 DM rückständige Miete habe auflaufen lassen, bevor sie eingegriffen habe. Dies ist ein Hinweis für den Staatsanwalt für Zivilverfahren, sich um die Klagepraxis der Berliner Volkseigenen Wohnungsverwaltung bzw. um die Beschleunigung derartiger Prozesse zu kümmern.

Eine große Rolle in den Diskussionen zur Rechenschaftslegung im Berliner Stadtbezirk Mitte spielt das Jugendproblem. Immer wieder beschwerten sich Bürger über das flegelhafte Auftreten mancher Jugendlicher, die ältere Bürger belästigen und mitunter ein rowdyhaftes Benehmen an den Tag legen. In einem Fall sei ein Bürger von Jugendlichen geschlagen worden, so daß er mehrere Wochen krank war, ohne daß der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei etwas unternommen habe. Allerdings ist auf keiner dieser Versammlungen bisher ein Vertreter der FDJ aufgetreten und hat dazu Stellung genommen. Hier ist es Aufgabe des Jugendstaatsanwalts, die FDJ darauf hinzuweisen und seine eigene vorbeugende und aufklärende Tätigkeit unter den Eltern und Jugendlichen sowie den mit der Erziehung von Jugendlichen betrauten Menschen zu verstärken, um den Einfluß von Westberliner Filmen, Schund- und Schmutzliteratur zu bekämpfen.

Aber es ist auch weiterhin ein Hinweis für den Staatsanwalt, bei der nächsten Besprechung der Abschnittsbevollmächtigten diesen Fall auszuwerten und bei seiner nächsten Kontrolle beim Untersuchungsorgan besonderes Augenmerk auf die Behandlung von Körperverletzungen zu richten und die nach § 158 StPO eingestellten Vorgänge sowie die, bei denen von der Einleitung einer Untersuchung Abstand genommen wurde, zu überprüfen.

Viele Hinweise kamen auch darüber, daß in manchen Geschäften des Stadtbezirks Mitte ohne Vorlage des Personalausweises verkauft wird. Dies war uns Anlaß, in einem Schreiben an den Rat des Stadtbezirks und die Leitungen der HO und des Konsum nochmals auf die Einhaltung der Berliner Spekulationsverordnung hinzuweisen.

An einer Rechenschaftslegung der Ständigen Kommission für örtliche Industrie und Handwerk vor Werkträgern aus der privaten Wirtschaft und Gewerkschaftsfunktionären nahmen wir ebenfalls teil. Auch hier wiesen wir in einem Diskussionsbeitrag auf die Aufgaben der Staatsanwaltschaft, insbesondere auf dem Gebiet der Allgemeinen Aufsicht, hin und mußten feststellen, daß bei einem großen Teil der etwa 100 Teilnehmer diese Seite der staatsanwaltschaftlichen Tätigkeit nicht bekannt war. Durch die Teilnahme an dieser Rechenschaftslegung ist endlich eine bessere Verbindung zur Ständigen Kommission hergestellt worden, um die wir uns schon lange bemüht hatten. Die Kommission wird uns zu einer ihrer nächsten Sitzungen einladen.

Die Teilnahme der Staatsanwälte wurde sowohl von der Bevölkerung als auch von den Abgeordneten und Wirkungsbereichsausschüssen sehr begrüßt. Sie trägt dazu bei, das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung zur Staatsanwaltschaft zu festigen, schafft uns einen engen Kontakt zur örtlichen Volksvertretung, zum Rat und zur Nationalen Front, gibt uns wichtige Hinweise für unsere Arbeit und trägt dazu bei, den Bürgern den neuen Charakter unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates bewußt zu machen.

URSULA HERZBERG,
Staatsanwalt des Stadtbezirks Berlin-Mitte